

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

19 (23.1.1884)

Beilage zu Nr. 19 der Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 23. Januar 1884.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 21. Jan. Achte öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Fehr. v. Rüd.

Am Regierungstische: Präsident des Groß. Finanzministeriums Geheimerath Ellstätter, Ministerialrath Seubert, später Geheimer Referendar Zoos.

Das Sekretariat bringt folgende Einläufe zur Kenntniß:

- 1) Mittheilungen des Präsidiums der Zweiten Kammer, betreffend
a. den bei Berathung des Budgets für 1884/85 gestellten Antrag wegen Bildung eines Remunerationsfonds,
b. das genehmigte Budget des Groß. Staatsministeriums für 1884/85,
c. den angenommenen Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer,
d. den angenommenen Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse der an Lehr- und Erziehungsanstalten von Korporationen oder Stiftungen verwendeten Volksschul-Kandidaten;
2) Petitionen, und zwar
a. der Städte Buchen und Wallbörn, der Gemeinden Hainstadt, Böbighheim und Seckach, den Bau einer Sekundärbahn von Seckach über Böbighheim, Buchen, Hainstadt nach Wallbörn betreffend,
b. des Centralkomite's für den Bau einer Sekundärbahn von Willingen nach Böhrenbach und Furtwangen in Betreff dieses Baues,
c. des Gewerbevereins und Handelsstandes der Stadt Ueberlingen, sowie vieler Einwohner der Orte des östlichen und des nördlichen Bodensee-Ufers, den Bau einer Bodensee-Bahn, insbesondere die Herstellung der Bahnstrecke Zinnenstaad-Walwies betreffend,
d. der Vorstände der Gemeinden des Elz- und Ringelthals, die Erstellung einer Eisenbahn-Verbindung zwischen Waldbirch und der Schwarzwaldbahn mit dem Anschlusse in Hausach betreffend,
e. des Vereins badischer Reallehrer, deren Anstellungs- und Rechtsverhältnisse, insbesondere die Verleihung der Staatsdiener-Eigenschaft und die Bezüge der Relikten der nicht mit Staatsdiener-Eigenschaft angestellten Reallehrer betreffend,
f. des Gemeinderaths Waldshut und der Ortsvorstände mehrerer umliegender Orte, die Erweiterung der höheren Bürgerschule zu Waldshut in ein Realgymnasium betreffend.

Die vorbezeichneten Einläufe werden den einschlägigen Kommissionen überwiesen.

Hierauf erhält Fehr. C. v. Göler das Wort zu der bereits in dem gestrigen Hauptblatt skizzirten persönlichen Erklärung. Wir geben dieselbe hier im Wortlaut wieder:

Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Es ist eine alte Sitte und ein altes Recht dieses hohen Hauses, wie einer jeden parlamentarischen Versammlung, einem Vitale, dessen Ehre öffentlich vertheidigt wurde, Gelegenheiten zu geben, sich zu vertheidigen. Wenn ich heute mit gültiger Erlaubniß unseres Herrn Präsidenten zu diesem Zwecke Ihre Zeit in Anspruch nehme, so thue ich es ungern, und würde es sich nur um meine Person handeln, so würde ich Sie gewiß damit verschonen. Ich glaube es aber meinen Wählern, der Sache, die ich öffentlich vertritt, und vor allem diesem hohen Hause selbst schuldig zu sein, gebührende Vertheidigungen, welche gegen mich in der Presse erschienen, um so mehr zur Sprache zu bringen, als sie auf das Recht der landwirthschaftlichen Erhebungen fußen, welches vom Groß. Ministerium des Innern herausgegeben, einen offiziellen Charakter an sich trägt. Die Badische Landeszeitung brachte am 15. ds. unter der Ueberschrift: 'Ein Bauerfreund' einen Artikel, in welchem ich mich als einen Mann darzustellen suchte, der mit dem Munde für das Interesse des Bauerntandes zu wirken vorgebe, in der That aber seine eigenen Pächter durch harte Pachtbedingungen drückt. Sie gründet ihre Beschuldigungen auf das, was in den Bedingungen I. Seite 11, der Erhebungen über Pachtverträge in der Gemeinde Sulzfeld ausgeführt ist, und führt acht Punkte speziell an, welche daran schuld seien, daß ein Pächter nicht bestehen könne.

Zunächst kann ich Sie versichern, daß vier, mithin die Hälfte von jenen mir zur Last gelegten acht Pachtbedingungen sich absolut nicht in meinen Pachtverträgen befinden. Ich habe dieselben hier bei mir an) stelle sie Jedem zur Verfügung, welcher sich von der Richtigkeit meiner Bemerkungen überzeugen will. Die vier Punkte welche mich nicht betreffen, deren ich aber dennoch in leichtfertiger Weise in der Presse beschuldigt werde, sind folgende:

- 1) Punkt 2, wonach ich den Ertrag der auf den verpachteten Gütern befindlichen Obstbäume mir vorbehalten habe;
2) Punkt 4, welcher von einer Geschäftshaftigkeit meiner Pächter spricht;
3) Punkt 5, wonach ich in zweifelhaften Fällen den Pacht-schilling fordern dürfe, so lange die Ertragsnisse auf den Feldern noch pflanzbar seien, ohne daß der eigentliche Zahlungstermin eingetreten ist;
4) Punkt 7, der Passus, welcher behauptet, daß Meliorationen vom Pächter allein zu bezahlen seien. Darüber habe ich überhaupt keine allgemeine Bestimmung in meinen Verträgen; ich verständigte mich vielmehr in jedem einzelnen Falle, bald auf diese, bald auf eine andere Weise.

Einem Mitgliede dieses hohen Hauses dürfte man doch zutrouen, daß er geradezu geschwätzige Bestimmungen nicht in seine Verträge aufnimmt.

Alle vier von den acht Beschuldigungen sind ganz leichtfertig gegen mich geschleudert. Sie finden sich einfach nicht in meinen Pachtverträgen; sie betreffen mich nicht. Wenden wir uns zu den vier übrigen Angelegenheiten.

Erstens. Ich soll zur üblichen Lage der Pächter in erster Reihe dazu beitragen, daß ich fünf wohlbeladene Wagen Dung mir vom Pächter unentgeltlich liefern lasse.

Kein Verständiger läßt sich gern vom Pächter Dung liefern, weil das Pachtgut darunter leiden muß.

Ich könnte nun zunächst sagen, daß der Pachtvertrag abgelaufen und im erneuten Verträge diese Lieferung nicht mehr aufgenommen ist; aber auch für die abgelaufene Pachtzeit weiß ich nicht, weshalb diese fünf Wagen auf den Sulzfelder Bauerntand gedrückt haben sollen. Der betreffende Pächter hat 1 1/2 Morgen, darunter über 7/8 Morgen bester Weizen; er ist der erste Frucht-händler, der durchaus keinen Vorwand bedarf, und hat mit fünf meine Mistbeete gerne diese fünf Wagen geliefert. Seitdem ich nicht mehr in Sulzfeld wohne und keine Mistbeete mehr anlege, kam der Dung in die Weinberge; im neuen Verträge findet er sich nicht mehr. — Zeigen Sie, daß ich Sie damit behellige; die Erhebungen knüpfen aber daran die Bemerkung:

Unter solchen Bedingungen ist es denn auch nicht zu verwundern, wenn der Pächter sich um einen Tagelohn abmüht, der nicht einmal 50 Pfennig erreicht.

Verwandeln Sie die 5 Wagen Dung in Geld, so erhöht sich der Pachtzins per Morgen um nicht ganz 2 M. und stellt sich auf gegen 37 M., was bei einem Pachtgute, das zur Hälfte aus Weizen besteht für Sulzfeld kein hoher Preis ist. Er ist noch wesentlich unter 51 M., was nach den Erhebungen der Durchschnitt der Pachtzins auf grundbesitzlichen Gütern sein soll (?) — (ich setze ein Fragezeichen dazu, denn bei mir ist der Durchschnittszins nur 37 — 38 M.).

Vergleichen Sie damit die Preise, welche das Groß. Domänen-ärar in Müngolsheim erhebt, einer Gemerkung von ähnlicher Bodenqualität wie Sulzfeld. Nach den Erhebungen bezieht die Domänenverwaltung dafelbst einen Pachtzins von 64—68 M., also über die Hälfte mehr als ich von jenem Gute, das zur Hälfte aus Weizen besteht.

Wie bei diesen Zahlen die Kommission zu dem Schlusse kommen kann, daß meine Pächter nicht gedeihen können, wenn ich bei einem Pachtgut von über 200 Morgen 5 Wagen Dung in meinen Gemüsegärten liefern lasse, ist mir unverständlich.

Zweitens. Unter Ziff. 5 wirkt man mir ein doppeltes vor. Zuerst, daß der Pächter gehalten vom fälligen Termin an 5 Prozent Zins zu bezahlen, wenn er den Pachtzins nicht auf den Verfalltag entrichtete. Diese Bedingung ist eine ziemlich allgemeine. Wie wird sie bei mir gebührend? Der Pachtzins ist auf Martini (11. Nov.) fällig; vor Lichtmes, also vor 1/4 Jahr wird dieser Verzugszins nicht erhoben; aber auch später nur dann, wenn der Pächter etwa in der Hoffnung auf ein Steigen der Fruchtpreise seine Borräthe nicht verkaufen will und so gleichsam mit meinem Gelde spekuliren will. Wer darin eine Härte erblicken will, den begreife ich nicht. Unvergleichlich härter ist das Verfahren der Groß. Domänenverwaltung, welche zur Zahlung des Pachtzinses zuerst 14 Tage, dann 3 Tage Frist erhält und vor Neujahr blanker Rechnung madht.

Uebrigens hat auch diese Sache nicht die Bedeutung, welche die Kommission ihr gibt; denn meine Rückstände betragen einfach nicht 4000 M., sondern bewegen sich nur zwischen 800 und 1000 M., also nur 1/4—1/2, der mir vorgeschriebenen Summe und zwar vom 1. Mai, mithin 1/2 Jahr nach Fälligkeit des Pachtzinses. Ebenso sieht es mit Zahlungsbefehlen, die nicht leicht die Zahl von 10 bürgermeisterlichen Mahnungen übersteigen.

Man wirft mir ferner unter dieser Zahl vor, meine Pachtverträge enthielten die Bestimmung: 'Der Pachtberrschaft steht — (wenn nämlich der Pachtzins nicht rechtzeitig bezahlt wird) — das Recht zu, den Pacht ohne vorherige Kündigung aufzulösen und die betreffenden Grundstücke anderweitig zu verpachten, wobei jedoch der frühere Pächter oder dessen Vorräte für den etwaigen Minderertrag einstehen, ohne an einem allenfallsigen Mehrerlös partizipiren zu dürfen.'

War es dem Verichterstatter und der Erhebungscommission unbekannt, daß diese Bestimmung sich nahezu wörtlich in § 13 und 15 der Pachtbedingungen der Groß. Domänen befindet nach der Verordnung vom 11. Febr. 1880?

Aber ein großer Unterschied bleibt allerdings. Es ist bekannt, daß die Domänenverwaltungen streng am Wortlaut ihrer Pachtverträge festhalten, während bei mir seit 23 Jahren, in denen ich das Gut verwalte, kein einziges mal Gebrauch von dieser Bestimmung gemacht wurde. Das konnte die Kommission wissen, und dennoch mußte sie forschen; denn nicht der Wortlaut, sondern die Anwendung eines Pachtvertrages drückt einen Pächter.

Sie konnte ebenso erfahren, daß in diesen 23 Jahren ein einziger meiner Pächter in Gant kam und dies war ein Mann von 50 Morgen eigenen Gütern und zwei großen Käufern, während er von mir nur 7 Morgen Pachtgüter hatte, so daß ich wahrlich an seiner Gant sehr unschuldig war.

Ferner hatte ich in diesen 23 Jahren nur einen einzigen Prozeß mit einem Pächter und dieser wurde in erster Instanz verfallen. Urtheilen Sie selbst, ob ich mit jener Pachtbedingung, wie es hier heißt, meine Pächter zu keinem Tagelohn kommen lasse.

Drittens. Man macht mir ferner den Vorwurf, daß ich bei Hagelschlag keinen Nachschuß gewähre.

Ich weise zunächst auf die Pachtbedingungen der Domänenverwaltung hin. Diese Bedingungen sind von einer Behörde entworfen, welche mit ebensoviel Sachkenntniß als nationalökonomischem Verständnisse verfährt, so daß Sie in der Pachtverträge mit Recht musterhaftig sind. Dort lesen Sie in der Verordnung vom 11. Febr. 1880, daß der § 5 des Pachtvertrags zu lauten habe: 'Ein Nachschuß an Pachtzins findet unter keinerlei Verhältnissen statt.'

Ganz anders, viel milder lautet bei mir die betreffende Bestimmung. Der Wortlaut ist:

§ 8. Für allenfallsige Schadensereignisse, insbesondere für Hagelschaden, gegen welchen die Pächter Gelegenheit haben, sich zu versichern, können sie keinen Nachschuß an Pachtzins beanspruchen.'

Damit wollte ich die Pächter aufmuntern, sich zu versichern, und behielt mir das ob und das wieviel des Nachschusses vor.

Weshalb führt die Enquete an dieser Stelle nicht den Wortlaut eines Vertrages an und weshalb berichtet sie sogar in un-wahre, durchaus un-wahre Weise (natürlich objektiv genommen): 'Ein Nachschuß an Pachtzins wird in keinem Falle gewährt?'

Der Verichterstatter, Hr. Wunderlich, konnte, ja er mußte wissen, daß diese Behauptung unrichtig ist. Wir hatten seit Anfang dieses Jahrhunderts einen einzigen Hagelschlag in Sulzfeld, und zwar 1873. Da ging ich mit meinen Pächtern, mit einem Verwalter und einem Gemeinderath von Ader zu Ader und ersieh Nachschüsse, die sich zwischen 15 und 60 Proz. bewegten. Ich kann sagen, daß gerade jenes Jahr des Leids ein festes Band des Vertrauens um mich und meine Pächter schlana; man hat die Heimlichung gemeinsam getragen. Als ich am Mittwoch meine Pächter zu mir rief und sie fragte, was sie von diesen Beschuldigungen hielten, sagte mir ein alter Mann, der schon Pächter meines Vaters wor, er würde nie verrathen, was man damals an ihm gethan hat, und da kommt nun der Hr. Land-wirtschaftslehrer Wunderlich und sprenzt in ganz Deutschland die unwahre Nachricht aus: 'Die Herren v. Göler gewöhren niemals einen Nachschuß.' Und die übrigen Herren der Kom-mission setzen ihren Namen darunter; die Sache wird im officiellen Werke gedruckt und verbreitet; und die Herren v. Göler sind als unbarmherzige Verpächter an den Pranger gestellt.

Viertens. Nahezu humoristisch ist die letzte Beschuldigung, die mir gemacht wird unter Ziff. 6, daß nämlich mein Pacht-vertrag für die Erben und Rechtsnachfolger der Kontrahenten verbindliche Kraft habe. Bekanntlich ist dies eine landrechtliche Bestimmung (L.R.E. 1742), eigentlich wesentlich zum Schutz der Pächter.

Sollte das die Kommission, bei welcher doch zwei Juristen waren, nicht gewußt haben? Das ist doch kaum glaublich. Wenn sie es aber gewußt haben, wie konnten sie dann den Schluß ziehen: dadurch, daß Dr. v. Göler eine landrechtliche Bestimmung in seinem Vertrage ausdrücklich erwähnt, trägt er dazu bei, daß die Pächter kaum einen Tagelohn von 50 Pf. erreichen?

Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß von 8 gegen mich erhobenen Beschuldigungen 4 nicht in meinen Pachtverträgen zu finden sind, daß 1 ein landrechtlicher Satz ist, daß 5 Wagen Dung bei einem Pachtgut von über 200 Morgen nicht drücken, daß keine Kündigungen, keine Ganten, keine Prozesse bei mir vorlauen und daß die Behauptung, ich verhalte mich einem Tagelöhner gegenüber kalt und unbarmherzig, un-wahr ist.

Der 'Vandesszeitung' kann ich es gar nicht so sehr verargen, wenn sie, von der unrichtigen Annahme ausgehend, daß alles, was in den Erhebungen der landwirthschaftlichen Enquete steht, unfehlbar und daß ich der einzige Grundherr in Sulzfeld sei, politisches Kapital aus diesen Beschuldigungen der Erhebungscommission geschmiedet hat. Das ist eben Zeitungs-manie.

Ich bitte um Entschuldiguna, daß ich Sie, Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, so lange mit dieser persönlichen Angelegenheit hingehalten habe.

Geheimerath Ellstätter: Die eben gehörte Vertheidigungstrede wäre passender bis zu dem Zeitpunkte verschoben worden, wo der Gegenstand, auf den sie sich beziehe, zur Verhandlung stehe. Alsdann würden auch Vertreter des Groß. Ministeriums des Innern anwesend sein, welche in der Lage wären, auf die mit der Vertheidigung gegen den Artikel der 'Bad. Landeszeitung', welcher die Groß. Regierung selbstverständlich nicht beröhre, verbundenen Angriffe auf den betreffenden Theil des Erhebungsberichtes selbst zu antworten. Zudem er die Beurtheilung des von dem Herrn Vorredner in letzterer Richtung Vorgetragenen dem genannten Ministerium vorbehalte, müsse er seinerseits schon jetzt die Unterstellung zurückweisen, daß die Erhebung von einem einseitigen, befangenen Standpunkte ausgegangen sei. Was die von dem Herrn Vorredner hereingezogenen Verhältnisse des Groß. Domänenärars betreffe, so müsse er betonen, daß dieselben nicht ganz gleich lägen mit denjenigen, auf welche es hier ankomme; im Uebrigen halte er es nicht für angezeigt, heute auf diese Dinge einzugehen, sondern behalte sich vor, bei einem späteren Anlasse die Verfahrungsweise des Groß. Domänenärars näher zu erläutern.

Fehr. C. v. Göler: Für die Anwesenheit von Regierungsvertretern zu sorgen sei nicht meine Sache. Er habe von dem Herrn Präsidenten des hohen Hauses die Erlaubniß zu der heutigen Erklärung schon vor acht Tagen erbeten. Auch sei letztere in den Zeitungen angekündigt gewesen.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des Berichts der Budgetcommission über die Nachweisungen der in den Jahren 1881 und 1882 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung. Berichterstatter ist Geheimerath Knies.

Geheimerath Ellstätter: Er könne sich nur freuen, daß die Auffassung der Regierung über den günstigen Fortgang unseres Staatshaushalts durch das gewichtige Zeugniß, welches in dem vorliegenden Kommissionsberichte niedergelegt sei, bekräftigt werde. Dieser günstige Fortgang dokumentire sich ja weniger durch die Zunahme der Staatseinnahmen oder dadurch, daß dieselben mindestens gleichen Schritt hielten mit der Steigerung der Ausgaben, als dadurch, daß die Amortisationskasse nach ihrem dermaligen Bestande für den ganzen Staatshaushalt einen durchaus verlässigen Rückhalt biete. Derselbe liege darin, daß die Amortisationskasse in ungunstigen Jahren die Mittel zu liefern vermöge, welche etwa durch die regelmäßigen Einnahmen nicht aufgebracht würden. Auf Seite 7 des Kommissionsberichts sei dargezethan, daß wenn man das unverzinsliche Guthaben des Domänengrundstocks an die Amortisationskasse außer Betracht lasse — und das sei auch zulässig, wenn man bloß nach der Staatsschuldfrage — am Schlusse des Jahres 1882 ein Aktivvermögen der Amortisationskasse von nahezu 9 Millionen Mark vorhanden sei. Im Jahre 1879 sei eine Verminderung des Aktivvermögens der Amortisationskasse dadurch eingetreten, daß dieselbe einen Zuschuß an die Generalstaatskasse im Betrage von 1,134,082 M. habe leisten müssen. Dieser Zuschuß sei zur Beilegung der noch ungedeckten Staatsausgaben auf Anordnung des Finanzministeriums geleistet worden. Man hätte solchen auch unterlassen können, ohne daß jedoch die Unterlassung der Amortisationskasse wirklich zu gute gekommen wäre. Die erforderlichen Mittel hätten nämlich alsdann dem Betriebsfonds entnommen werden müssen; die Folge wäre gewesen, daß der letztere in entsprechend vermindertem Betrag in die folgende Budgetperiode übergegangen sein würde, und da die Ueberschüsse des Betriebsfonds bei der Amortisationskasse angelegt würden, so hätte letztere alsdann eine geringere Einnahme und somit von diesem anderweiten Verfahren einen Vortheil nicht gehabt. Vor dem Jahre 1881 habe man in der That den durch die laufenden Staatseinnahmen nicht gedeckten Theil der Staatsausgaben aus den Betriebsfonds-Ueberschüssen gedeckt und die in dem Budget vorgeesehenen Zuschüsse der Amortisationskasse nur leisten lassen, sofern es in Wirklichkeit erforderlich war. Zu der Regel hätten nun die Ueberschüsse der laufenden Budgetperiode ausgereicht, um

